

Sozialdemokratische GewerkschafterInnen (FSG)
Österreichischer Arbeitnehmerinnen- und Arbeit-
nehmerbund (ÖAAB-FCG)
Freiheitliche Arbeitnehmer (FA/FPÖ)
Alternative und Grüne GewerkschafterInnen/
Unabhängige GewerkschafterInnen (AUGE/UG)
Gewerkschaftlicher Linksblock (GLB-KPÖ)



GEMEINSAMER ANTRAG

Entlastung der Studierenden in Bezug auf gestiegene Studierendenheimkosten

Die Lebenshaltungskosten in Österreich sind in den letzten Jahren, insbesondere in den Bereichen Wohnen und Ernährung, deutlich gestiegen. Besonders betroffen sind Menschen, die über geringe finanzielle Mittel verfügen; dazu zählen auch viele Studierende. Ein Indikator hierfür ist, dass rund 2/3 der Studierenden neben dem Studium berufstätig sind. Die stetig wachsenden Kosten für Miete und Lebensmittel stellen für sie eine enorme Belastung dar. Der Druck, neben dem Studium arbeiten zu müssen, um die Lebenshaltungskosten decken zu können, zieht signifikante Beeinträchtigungen nach sich: Insbesondere wird dadurch die Dauer eines Studiums vielfach maßgeblich verlängert, in einigen Fällen der Abschluss grundlegend verhindert.

Auch die **Mietpreise in Studierendenheimen** sind spürbar angestiegen. Heime für Studierende sind in allen österreichischen Universitätsstädten vorhanden und werden von verschiedenen Trägerorganisationen betrieben. Sie sind vom Mietrechtsgesetz ausgenommen und unterliegen dem **Studentenheimgesetz**. Das 2019 novellierte Studentenheimgesetz sollte einen Ausgleich zwischen dem Bedarf der Bewohner:innen an kostengünstigen Unterkünften und den marktwirtschaftlichen Interessen der Betreiber:innen herstellen. An dieser Stelle gilt es anzusetzen.

Studierendenheime stellten bislang eine der wenigen erschwinglichen Wohnmöglichkeiten dar. Die Preisentwicklung führt jedoch dazu, dass auch diese Wohnform zunehmend unerschwinglich wird. Studierende geben im Schnitt 43 Prozent ihres Einkommens für Wohnkosten aus. Zu diesem Ergebnis kommt eine von Arbeiterkammer (AK) und Österreichischer Hochschul:innenschaft (ÖH) beauftragte **IFES-Studie**. Besonders hoch ist der **Wohnkostenanteil am Monatsbudget** für Bewohner von Studierendenheimen (54 Prozent), gefolgt von Personen in privaten Mietwohnungen (49 Prozent) und jenen in geförderten Mietwohnungen (42 Prozent).

Mit einer Kostenobergrenze und der gleichzeitigen Einführung einer Bundesförderung für Studierendenheime soll sichergestellt werden, dass genügend bezahlbarer Wohnraum für Studierende zur Verfügung steht.

Sozialdemokratische GewerkschafterInnen (FSG)
Österreichischer Arbeitnehmerinnen- und Arbeit-
nehmerbund (ÖAAB-FCG)
Freiheitliche Arbeitnehmer (FA/FPÖ)
Alternative und Grüne GewerkschafterInnen/
Unabhängige GewerkschafterInnen (AUGE/UG)
Gewerkschaftlicher Linksblock (GLB-KPÖ)



FORTSETZUNG GEMEINSAMER ANTRAG

Die Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Steiermark fordert die österreichische Bundesregierung auf, eine Gesetzesänderung dahingehend zu initiieren, dass durch

- die Einführung einer landesweiten Obergrenze für die Mietpreise in Studierendenheimen sowie einer Bundesförderung für Studierendenheime,
- die Entwicklung einer Preisregulierung, die sich an den durchschnittlichen Lebenshaltungskosten und den Einkommen von Studierenden orientiert sowie
- die regelmäßige Evaluierung und Anpassung der Preisgrenzen

eine Regulierung der Preise für Studierendenheime gesetzlich verankert wird.

Graz, 7.11.2024

Für die FSG

Alexander Lechner e.h.

Für den ÖAAB-FCG

Lukas Tödling e.h.

Für die FA/FPÖ:

Mag. Harald Korschelt e.h.

Für die AUGE/UG

DI Sandra Hofmann e.h.

Für den GLB-KPÖ

Mag. Georg Erkinge e.h.